

*die Organisation der Nahrungsmittelversorgung
für die neuen Länder.*

sehen solle, ausgeglichen würden. An den Herrn Minister des Innern, dem meine Anregung weitergegeben war, wandte ich mich in der gleichen Angelegenheit mit der Bitte, zu veranlassen, einen Ausgleich zwischen Ost und West in der Kartoffelversorgungsfrage einzurichten. Der Herr Minister teilte dann mit, daß die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsstelle für die Kartoffelversorgung größerer Städte noch zu keinem endgültigen Ergebⁿ geführt habe und daß die beabsichtigte Einrichtung einer provinziellen Vermittlungsstelle in Posen mit Interesse begrüßt werde. Diese trat in Aktion. In alle Städte über 25 000 Einwohner wurde die Frage gerichtet, wieviel Kartoffeln sie in der nächsten Zeit nötig hätten. Anmeldungen gingen ein. Mit der Arbeit wurde begonnen. Da kam plötzlich aus der Provinz die Nachricht, daß in einigen Kreisen ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln erlassen worden sei und daß die Landräte ihrerseits anklopfen. Damit war die Provinzialvermittlungsstelle erledigt. Die Reichsverteilungsstelle wurde eingesetzt. Die Landwirte öffneten die Arien, sobald Wetter und Bestellung Zeit dazu ließen. Größere Bestände, als anfangs angenommen, zeigten sich. Die reichlichen Wünsche der Städte gingen zurück, der Kartoffelhauffe folgte eine Kartoffelbauffe, die manchem Kommunalverband noch große Geldschmerzen machen wird, und bei Preisen von 3 Mark pro Zentner auch dem Landwirt keine ungetriebte Freude mehr bringt. Alles das wäre vermieden worden mit einer zeitigen Aufstellung der Kartoffelbestände, wenn auch nur einer ungefähren, und einer zeitigen eingehenden Besprechung und Beratung der zu treffenden Maßnahmen.

Die zweite unangenehme Folge dieses Vorgehens ist die gewesen, daß man dem Schwein den Kampf bis aufs Messer erklärt hat und eine Steigerung der Schweinepreise erreicht hat, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Eine Besserung wird in der ersten Zeit nicht zu erwarten sein.

Man wünscht der deutsche Landwirtschaftsrat, daß die Versorgung der Bevölkerung in eine fast rein landwirtschaftlich besetzte Verteilungsstelle verlegt werde, mit einem landwirtschaftlichen Sachverständigen an der Spitze. Die Forderung ist schön, wenn man bedenkt, daß das deutsche Volk aus Stadt und Land besteht. Daß dem Vorsitzenden ein Beirat gegeben werden soll, um ihm gewisse parlamentarische Befehlsstücke zuzubilligen, kann an der Sache nichts ändern, da dem Beirat bestimmende Befugnisse nicht gegeben sind, auch die weitaus größte Zahl der Besitzer landwirtschaftliche Sachverständige sein sollen. Wer über die Tätigkeit eines solchen Beirats sich aus der bisherigen Tätigkeit der

Beiräte bei Verteilungsstellen ein Urteil bildet, dürfte die Bedeutunglosigkeit der Beiräte zugeben.

Was der Deutsche Landwirtschaftsrat hinsichtlich der Kommunalverbände sagt, erscheint mit einer wesentlichen Einschränkung beachtlich. Die Kommunalverbände sollen, insoweit sie in der Lage sind, an dem Getreideversorgungsproblem des Volkes mitzuarbeiten, dazu herangezogen werden. Gibt man aber, wie der Landwirtschaftsrat will, den Kommunalverbänden auf diesem Gebiete volle Selbständigkeit, so entstehen Bedenken, die nicht unerheblich sind. Im einzelnen darauf einzugehen, würde zu weit führen. Die Kommunalverbände können aber sehr wohl als selbständiger Unterbau der bestehenden Organisation der R. G. ausgebaut und mit Rechten und Pflichten versehen werden, die der Zentralinstanz die Arbeit erleichtern, das Vertrauen der Bevölkerung zu der unteren Organisation stärken, auch eine entsprechende Berücksichtigung lokaler Interessen ermöglichen kann.

Mit einer gewissen Ueberraschung liest man die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrates, daß die Verteilung der Ernterträge auf den Kopf der Bevölkerung und ähnliche Fragen dem von ihm einzusetzenden Ausschuss übertragen werden sollen. Handelt es sich doch hier um Funktionen der höchsten Staatsgewalt, die in den Händen des Bundesrats und seiner Vertretung bleiben müssen. Die Uebertragung dieser obrigkeitlichen Funktionen an eine einheitlich zusammengesetzte Verwaltungsinstanz würde erheblichem Mißtrauen bei weiten Bevölkerungskreisen in Groß- und Kleinstadt Raum geben. Daß die Landwirtschaft ein berechtigtes Interesse daran hat, bei der R. G. entsprechend vertreten zu sein, steht außer Zweifel. Ebenso daß man allen etwaigen Wünschen dieserhalb sicherlich gern entsprechen wird.

Die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrats bringen gegenüber den bisherigen Verhältnissen keine Verbesserung. Berechtigte Wünsche lassen sich in den Rahmen der bisherigen Organisation einpassen. Die Initiative und Verantwortung in diesen Fragen muß bei der Reichs- und Staatsregierung, nicht bei landwirtschaftlichen und städtischen Organisationen liegen; ein fester Wille muß die verschiedenen Meinungen der Zentralinstanzen zusammenschaffen und zusammenhalten, jede Umgestaltung bestehender Organisationen oder Einrichtungen muß nicht rein bürokratisch, sondern zwar gemeinnützig, aber nach kaufmännischen Gesichtspunkten geschehen und durchgeführt werden. Beamter, Landwirt und Kaufmann müssen zu gemeinschaftlicher Arbeit vereint werden im Interesse und zum Besten der Nahrungsmittelversorgung unseres Volkes in großer und schwerer Zeit.